



Stadt – Land – Fair

Gewerkschaftliche Anforderungen an die Landespolitik in Brandenburg

Bei den Landtagswahlen am 1. September 2019 geht es um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in Brandenburg. Die Landespolitik muss jetzt große Zukunftsthemen gestalten: Wir brauchen eine Offensive für gute Arbeit und Ausbildung, eine Stärkung des öffentlichen Dienstes, entschiedene Investitionen in die Infrastruktur, um gleichwertige Lebensbedingungen im Land zu erreichen, eine aktive Industriepolitik und einen gerechten Strukturwandel. Dazu formulieren DGB und Gewerkschaften ihre Anforderungen an die künftige Landespolitik.

Gute Arbeit für Brandenburg

Gute Arbeit bedeutet für uns gesunde Arbeitsbedingungen, gerechte Entlohnung, soziale Sicherheit, Mitbestimmung – und nicht zuletzt Aus- und Weiterbildung. Gute Arbeit – das sollte selbstverständlich sein, doch dafür ist noch sehr viel zu tun. 30 Jahre nach dem Mauerfall müssen die Arbeitsbedingungen zwischen Ost und West endlich angeglichen werden. Die rasanten Veränderungen der Arbeit, die durch die Digitalisierung entstehen, müssen gerecht gestaltet werden. Dies wird ohne starke Mitbestimmung in den Betrieben und Verwaltungen nicht gelingen, deshalb sind starke Betriebs- und Personalräte dringend nötig – und auch das Land muss sie unterstützen.

Das beste Mittel für Gute Arbeit sind Tarifverträge. Den Tiefststand von 45 Prozent tarifgebundener Beschäftigung im Land Brandenburg müssen wir schnellstens überwinden. Von der Landesregierung erwarten wir, dass sie die Sozialpartner dabei unterstützt, mehr Tarifbindung herzustellen. Der Staat muss mit gutem Beispiel voran gehen: Öffentliche Aufträge dürfen künftig nur an Unternehmen gehen, die den für die Branche abgeschlossenen Tarif zahlen. Die Einhaltung dieser Leitlinie muss durch Vergabevorschriften klar geregelt und dann wirksam kontrolliert werden. Die Kommunen, öffentliche Betriebe und das Land müssen hierbei an einem Strang ziehen.

Wirtschaftsförderung und öffentliche Zuwendungen müssen an die Einhaltung der zu beachtenden tariflichen Beschäftigungs- und Vergütungsbedingungen gebunden sein.

Arbeits- und Sozialrechte müssen insgesamt wirksamer kontrolliert und durchgesetzt werden. Dazu erwarten wir auch vom Land Brandenburg größere Anstrengungen bei der Bekämpfung von Lohndumping, Schwarzarbeit und Sozialversicherungsbetrug. Finanzkontrolle Schwarzarbeit, Arbeitsschutz und Sozialversicherungen müssen dabei besser zusammenwirken.

Gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land

Brandenburg ist von den großen Unterschieden zwischen städtischen und ländlichen, berlinnahen und berlinfernen Gebieten geprägt. Die Gewerkschaften wollen gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land. Dafür sind zukunftsichernde Investitionen in die Infrastruktur in ganz Brandenburg nötig. Stark steigende Mieten, besonders im Berliner Umland, erfordern viel größere Anstrengungen für eine soziale Wohnungs- und Mietpolitik. Für gutes Leben überall in Brandenburg müssen dringend die Investitionen in Verkehrswege und Internetanbindung gestärkt werden. Im öffentlichen Nahverkehr ist ein erweitertes Angebot für die steigenden Pendlerzahlen dringend erforderlich. Wir erwarten Anstrengungen von den Verkehrsunternehmen, Arbeitsplätze so attraktiv zu gestalten, dass sich wieder mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Verkehrsberufe begeistern können. Die gesundheitliche Versorgung muss im ganzen Land gesichert sein und ausgebaut werden.

Bildung ist das Zukunftsthema Nummer Eins

Qualitativ hochwertige Bildung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen und Schulen ist die entscheidende Voraussetzung für die Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlichen im Land Brandenburg und für die weitere Entwicklung unseres Bundeslandes. Nötig hierfür sind eine umfassende Ausbildung aller pädagogischen Berufe, die notwendige Unterstützung und die Erhöhung der gesellschaftlichen Wertschätzung ihrer Arbeit. Die Bildungseinrichtungen müssen in die Lage versetzt werden, der individuellen Förderung jedes Kindes und jedes Jugendlichen gerecht zu werden. Qualitativ hochwertige Bildungsangebote müssen in allen Regionen des Landes Brandenburg erhalten bzw. aufgebaut werden. Die duale Ausbildung eröffnet gute berufliche Aussichten. Für das Land ist sie eine Chance, dass junge Menschen ihre Perspektive in Brandenburg sehen und nicht abwandern. Damit das klappt, muss Ausbildung in Brandenburg attraktiv sein, unter anderem müssen die Informationen für junge Leute besser und klar strukturiert werden. Wir fordern gute Jugendberufsagenturen überall in Brandenburg. Bei Problemen in der betrieblichen Ausbildung (die gibt es!) sollte eine neutrale Anlaufstelle für Azubis geschaffen werden.

Auch das Geld entscheidet: Land, Sozialpartner und Kammern müssen sich gemeinsam dafür stark machen, dass tarifliche Ausbildungsvergütungen nicht unterschritten werden, denn Ausbildungsvergütungen müssen ein Leben auskömmlich finanzieren. Azubis haben häufig hohe Aufwendungen für Fahrkarten oder Benzin. Wir begrüßen die Einführung eines Azubi-Tickets für 365 Euro im Jahr in Brandenburg. Betriebe und Berufsschulen müssen gut ans öffentliche Verkehrsnetz angebunden sein. Wo dies nicht der Fall ist, müssen neben dem Azubiticket flexible Mobilitätsunterstützungen gewährt werden. Das Netz der Oberstufenzentren darf nicht noch weiter ausgedünnt werden, die derzeit vorhandenen Einrichtungen müssen erhalten bleiben. Damit dort auch in zehn Jahren noch grundständig ausgebildete Lehrkräfte arbeiten, ist eine eigene Ausbildung für Berufsschullehrer/innen auch in Brandenburg überfällig.

Auch beim Thema Wohnen dürfen Auszubildende nicht vergessen werden: Wohnheimplätze müssen ausgebaut werden, damit auch Azubis sich das Wohnen leisten können und den häufig weiten Entfernungen zwischen Herkunfts- und Ausbildungsort Rechnung getragen wird.

Handlungsfähiger Staat

Der öffentliche Dienst muss Vorbild für gute Arbeit sein. Er muss attraktiver werden, um ausreichend Fachkräfte für eine starke öffentliche Verwaltung und hochwertige öffentliche Dienstleistungen zu gewinnen. Bis zum Jahr 2030 werden 40 Prozent der Beschäftigten altersbedingt aus der Landesverwaltung ausscheiden. Allein um die hierdurch frei werdenden Stellen wiederzubesetzen, muss Brandenburg ab 2021 jährlich 2.000 neue Beschäftigte einstellen. Jungen Menschen, die in den Behörden und Einrichtungen des Landes einen Beruf erlernen, muss das Land eine anschließende berufliche Perspektive im öffentlichen Dienst garantieren.

Die Gewerkschaften erwarten einen Verzicht auf sachgrundlose Befristungen im Verantwortungsbereich des Landes. Bei der Besoldung gilt es, den Rückstand auf andere Bundesländer sowie den Bund aufzuholen, mit dem Brandenburg in direkter Konkurrenz um Personal steht. Berufliche Aufstiege müssen einfacher werden.

Die Auslagerung von Dienstleistungen in Tochterunternehmen hat zu Lohndumping und zu einer Verschlechterung öffentlicher Dienstleistungen geführt. Dieser Trend muss gestoppt und umgekehrt werden. Ganz oben auf der Tagesordnung steht für uns die Aufwertung von Erziehungs-, Gesundheits- und sozialen Berufen. Diese Tätigkeiten werden bis heute nicht angemessen bezahlt. Nur wenn wir attraktive Arbeitsbedingungen schaffen, können wir den Fachkräftemangel in Bildung, Gesundheit und Pflege überwinden.

Während die Zahl der Eigentumsdelikte rückläufig ist, ist die Zahl der schweren Straftaten insbesondere gegen die Gesundheit und das Leben gestiegen, ebenso die Gefahr durch organisierte Kriminalität und Terrorismus. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen in unserem Land ist gesunken. Zwar ist der Personalabbau im Bereich Sicherheit gestoppt, der Personalmangel wird aber noch mehrere Jahre nachwirken. Polizei, Sicherheitsbehörden und Justiz müssen personell, rechtlich und materiell so ausgestattet werden, dass sie zeitnah und umfassend ihre Aufgaben erfüllen können. Die Anstrengungen zum Schutz von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften sind zu intensivieren.

Rechtspopulisten und ausländerfeindliche Bewegungen haben auch in Brandenburg erschreckenden Zulauf. Hier braucht es ein starkes gesamtgesellschaftliches Engagement, um dieser Entwicklung entgegenzutreten. Dazu gehören Bündnisse gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt wie die Initiative *Tolerantes Brandenburg*, die wir fortführen und stärken wollen.

Gerechter Strukturwandel in der Lausitz: eine zentrale Aufgabe

Die Lausitz steht zum zweiten Mal in drei Jahrzehnten vor einem massiven Strukturwandel. Die Gewerkschaften kämpfen für gute Arbeit, tariflich entlohnte Arbeitsplätze und einen gerechten Strukturwandel.

Für die Beschäftigten geht es um über 8.000 direkt und 20.000 indirekt betroffene Arbeitsplätze in Tagebau, Verstromung, Energieverteilung, in Maschinenbau und -wartung und bei verschiedensten Zulieferern. Die Lausitz braucht auch zukünftig hochwertige Wirtschaftsstrukturen und Arbeitsplätze, die einen guten Lebensstandard ermöglichen.

Für einen Strukturwandel im Sinne der Menschen in der Region muss die Landespolitik in einem breiten Bündnis tragfähige und nachhaltige Konzepte durchsetzen, selbstverständlich mit Unterstützung des Bundes. Roter Faden muss dabei das Thema „Gute Arbeit“ sein. Wir schlagen vor, zur Begleitung des Strukturwandels eine Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg einzurichten. Dabei darf die Landespolitik andere strukturschwache Regionen in Brandenburg nicht aus dem Auge verlieren.